

den wir gegen diesen verwerflichen Geist der neuen Arbeitergemeinschaft die Millionen Gewerkschaftsmitglieder aufzurufen und zu mobilisieren haben. Im Gegensatz zu den praktischen, wirtschaftsorientierten Einstellung, die die Berliner Gewerkschaftskommission als Voraussetzung für gute Betriebsratarbeit hinstellt, haben wir erprobte Klassenkämpfer, die in dem Kampf ums tägliche Brot als auch in dem revolutionären Nachkampf erprobt sind, als Betriebsräte durchzuführen.

Und wenn die Gewerkschaftsbürokratie aus Angst vor der Macht, die die Betriebsräte als Klassenkampforgane, als Einheitsorgane der Belegschaft der Bürokratie gegenüberstellen könnten, die Zusammenfassung der Betriebsräte gerade im Zeichen der Forderung der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsräte und ihrer Anerkennung als der wichtigsten gewerkschaftlichen Funktionäre stattfindend. Wir müssen aufstehen als die Verteidiger des Nürnbergberger Gewerkschaftsangeschlusses, der die freigewerkschaftliche industriegruppeweise Zusammenfassung der Betriebsräte festlegt. Diese Zusammenfassung der Betriebsräte nach Industriegruppen, die Bildung der Industriegruppenräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen ist vor der reaktionären ADGB-Bürokratie im gesamten Deutschland schon seit völlig zerfallen. Aber der Nürnbergberger Kongreßbeschluss besteht noch. Und gerade in dieser Wirtschaftskrise gilt es lauter denn je die Forderung zu erheben, Betriebsrätekonferenzen und freigewerkschaftliche Betriebsratkongresse, sie sollen die Betriebsräte stark machen im Kampf gegen Betriebsbesetzungen, gegen Arbeitszeitverlängerung, gegen Lohnabbau und Maßregelungen.

Nur die aktive Arbeit in den Gewerkschaften kann den Einfluß der reformistischen ADGB-Führer brechen, kann ihre neuen Arbeitseingewöhnungsversuche mit den Unternehmern zerbrechen, kann die einheitliche Kampfstrategie gegen die neue Lohnabbauoffensive aufzubrechen und kann den Betriebsräten stärkeren Einfluß in den Gewerkschaften und Erweiterung der Rechte gegenüber den Unternehmern bringen. Die Stärkung der Gewerkschaften, die hundertprozentige gewerkschaftliche Organisation der Betriebe, das muß die erste organisatorische Auswirkung des neuen einheitlichen Kampfwillens sein, der die gesamten wertvollen Massen jetzt erfasst hat.

Schon zeigt es sich, daß der einheitliche Wille, der die großen Massen der Opfer der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosen und Kurzarbeiter erfasst, einen dauernden wirksamen Druck nicht nur auf die Gewerkschaften, sondern auch auf die Staatsbürokratie und die Parlamente ausübt. Schon zeigt es sich, daß der einheitliche Kampfwille, der in der Frage der restlosen entschädigungslosen Rüstkenteignung Millionen begeistert hat, die monarchistische Front zermürbt und über die SPD hinaus auch die bürgerlichen Parteien zu zerbrechen beginnt. Schon zeigt es sich, daß dieser einheitliche Kampfwille — auf zunächst nur einzelne Teilgebiete betätigt — den breiten Arbeitermassen zum Bewußtsein bringt, daß die Einheitsfront der Werttätigen über Erwerbslosenfürsorge und Rüstkenteignung hinaus sehr wohl auch den Millionenwucher brechen und die Zurückeroberung des uneingeschränkten Achtstundentages bringen kann.

Die Betriebsratwahl 1926 kann aus einem mächtigen Schritt näherbringen der gewerkschaftlichen Einheit, der Stärkung der Gewerkschaften und Betriebsräte, der Anerkennung der Bedeutung der Betriebsräte als der Einheitsfrontorgane des Proletariats und der Erweiterung ihrer Rechte bei der Kontrolle der Betriebe.

Die Betriebsratwahl 1926 muß über die gegen Erwerbslosigkeit und Kürzungen sich entwickelnde Massenbewegung hinaus dem Proletariat auch wieder das Erstarren der Notwehrkraft und des Kampfwillens in den Betrieben bringen.

Urbahnus freigelassen

Wie die „Völkische Zeitung“ heute morgen berichtet, ist auf Grund einer Beschwerde der kommunistischen Reichstagsfraktion Urbahnus freigelassen worden.

Gedante flieg!

Von Parisolmeo Bonzetti

Enros und Bonzetti, die schon seit vier Jahren im Sogarten des Wahns im amerikanischen Gefängnis sitzen, stehen jetzt erneut vor den Klaffenrichtern. Mit allen Mitteln des Betrugs und der Rechtsbeugung versucht die amerikanische Klassenjustiz, diese beiden ehrlichen revolutionären Proletarier des gemeinen Raubmordes zu verurteilen. In diesen Tagen wird aufs neue über ihr Leben und ihren Tod entschieden. Sie sind in den langen Jahren der Gefängnisquartiere dieselben revolutionären Kämpfer geblieben, die sie bei ihrer ersten Verurteilung zum Tode waren. Die folgende Volkshilfe an keine Freunde legt lebendiges Zeugnis ab über den Geist, der diesen Gefangenen befeht, den die amerikanische Bourgeoisie als gemeinen „Raubmörder“ auf den elektrischen Stuhl schleppen will.

„Gedante, flieg auf goldenen Schwingen!“

Flieg, mein Gedante, durch die lebendige flammende Atmosphäre dieses Frühlingmorgens. Fliege zu den Herzen meiner Gefangenen und bringe ihnen meine Volkshilfe, die man wohl fühlen, aber nicht aussprechen kann.

Habe ich nicht die Freiheit zu sehr geliebt? Hat sich nicht die Welt viernmal um die mütterliche Sonne gewendet, seit ich hinter Gefängnisgitter gebracht und alles dessen beraubt wurde, was das mühevolle Leben lebenswert macht? Kein Widerspruch des blauen Himmels, des himmlischen Glanzes gelangt in das Gefängnis, das von Menschen für Menschen gebaut wurde. Das Volk wird zugrunde gerichtet durch die brutale Härte der Tyrannen, der Herren des Landes und durch die Gewalt ihrer Soldaten, der Söhne der Armen. Ist denn alles vergebens? Ist alles hoffnungslos?

Nein, nicht alles ist vergebens, nicht alles hoffnungslos. Die Stigabe der Frauen ist nicht vergebens, wenn sie wahre Männer gebären. Und die wirkliche, die gewaltige Grobmut des Weltalls ist in uns, so lange die Liebe für die Freiheit noch das menschliche Herz erwärmt.

Stehen ist nahe. Die Auferstehung ist nicht mehr fern! Die lebenden Wesen, befeht vom Tode verdrehtlicher Herrschaft, erneuern sich, jubeln und singen. Dies ist die Kraft, die die Seelen von der Dunkelheit und feigen Knechtschaft erlösen und die menschliche Familie an die Ufer und auf die Höhen unendlicher Freiheit führen wird.

Neue Vorstöße der Rechten in Sachen

In der Sitzung des Sächsischen Landtages vom 25. Februar 1926 gab der Ministerpräsident Heide vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab. Diese Erklärung richtete sich gegen den Führer der sächsischen Linken, den Abgeordneten Arzt, der in einer Dresdener Funktionärsitzung der SPD, nach der Mitteilung einer bürgerlichen Reichskorrespondenz erklärt haben soll, daß er Heide dorthin bringen wird, wo Zeigner gewesen sei. Heide drohte in seiner Erklärung verächtlich mit einem neuen Disziplinarverfahren gegen Arzt.

Die Kommunisten forderten sofortige Beseitigung der Erklärung, damit der angegriffene Arzt Gelegenheit habe, sofort zu dem Vorstoß des Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Die Beseitigung der Erklärung wurde abgelehnt. Für die Beseitigung stimmten die Kommunisten und 12 Linke. Die Rechte der sozialdemokratischen Fraktion stimmte mit sämtlichen Bürgerlichen gegen die Beseitigung. Obwohl die Linke die Angegriffenen waren, nahmen sie nicht das Wort, sondern beschränkten sich darauf, mit den Kommunisten zu stimmen.

Dieser neue Vorstoß der Rechten in Sachen ist ein neues Glied in der Kette der ununterbrochenen Angriffe der rechten SPD zur Durchkreuzung der Beschlüsse des sozialdemokratischen Landesparteitages vom 31. Januar 1926. Der erste größere Vorstoß der Rechten wurde bei Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages und im Anschluß daran bei der Beratung der sogenannten sozialdemokratischen „Sprengungsanträge“ geführt. Die Rechte stellte sich eingeschlossen hinter die Regierung und förderte die Sabotage der bürgerlichen Parteien und der Regierung gegenüber den Anträgen des sozialdemokratischen Landesparteitages zur Erwerbslosigkeit und zum Wohnungsbau.

In den Ausschüssen des Landtages ist der verstärkte und offene Kampf gegen die Anträge des sozialdemokratischen Landesparteitages im vollen Gange. Entweder die Beratung der Anträge wird von einem zum anderen Male hinausgeschoben und vertagt, oder die Bürgerlichen arbeiten mit

unerkümmerten Verschleppungsmanövern. In der Ausschusssitzung am 24. Februar 1926 stellte der Führer der Regierungskoalition, der Vorsitzende der Reiner-Kommision, der Volksparteier Abgeordnete Blüher, zwanzig Fragen auf, die von der Regierung beantwortet werden müßten, ehe in die weitere Beratung der Anträge der SPD eingetreten werden könne. Die Rechten unterstützten das Vorgehen des Koalitionführers, der seine Fragen vorher zweifellos mit den Koalitionsparteien und mit der Regierung gemeinsam besprochen hatte. Der Sprecher der Linken kämpfte nicht etwa gegen diese Verschleppungsakt, sondern erklärte sich mit den Fragen einverstanden. Die Regierung betonte, daß die Beantwortung der Fragen natürlich nicht so schnell gehe. Sie höhnten also bereits offen über die Linke.

Die sächsische Arbeiterschaft erkennt immer deutlicher, daß das Antragsmanöver der SPD zu nichts führt und daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Führer zum kommunistischen Auflösungsantrag der einzig mögliche Weg zur beschleunigten Auflösung war. Durch die schwankende Haltung der linken Führer ist bereits viel veräußert worden. Jetzt darf unter keinen Umständen geduldet werden, daß diese Manöver zur Niederlage der Arbeiter führen, und ein Mittel werden zur Führung des Wahlkampfes der Rechten mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiter müssen insbesondere in den Gewerkschaften den Kampf für die Durchführung der Erwerbslosen- und Wohnungsbauanträge fördern. In den Gewerkschaften, in den Betrieben und auch bei den Betriebsratwahlen muß sich herausstellen, ob die linken Führer einen ernsten Kampf gegen die Sabotage führen wollen. Die Schrötenkonsolidierung der SPD, auf dem verhassten Landesparteitag ist gescheitert. Es ist erwiesen, daß ein Zusammengehen mit den Rechten unmöglich ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aus dieser Tatsache die notwendigen Konsequenzen ziehen.

„Für alle Fälle...“

Gestern Abend sprachen im weingrün und schwarz-rot-gelb decorierten Saal des Städtischen Ausschusspavillons (Leine 1012) eine Reihe von Redatoren über den Reichstagsabgeordnete Loos und den Reichstagspräsident Paul Hübner vor nicht wenig Zuhörern über den Volksentscheid. Während Loos Sender sich scharf gegen das Kompromiß manöver und die Lösung der bürgerlichen Revolution in Frankreich als die zweckmäßigste bezeichnete, „entscheidend“ sich für die Lösung des Volksentscheid-Bewegung. Er erklärte, daß nur deswegen zum Volksentscheid mit angerufen werde, weil man befürchten müsse, daß durch die Kürzen alle Forderungen ungelest bleiben würden. Zur Frage des Kompromisses erklärte Löbe, daß die SPD-Fraktion „für alle Fälle an der Verbesserung des Kompromisses mitarbeiten würde.“

Im Anschluß an die Kundgebung bildeten sich größere Zusammenkünfte, die lebhaft diskutierten. Heberall sprachen dort Kommunisten und Parteifunktionäre zu der sozialdemokratischen Arbeitern. Besonders zugestimmt wurde ihrer Kritik an der Haltung der SPD-Landespartei bei der Ablehnung des kommunistischen Antrages betreffend die Ausweisung der Volksangehörigen, und überall betonten die Arbeiter, daß es Zeit sei, den Landtag aufzulösen und die Regierung Heide, die dem sächsischen Anzug Millionen nachwarf, zum Tode zu jagten. Bis gegen Mitternacht dauerten die Debatten an.

Jeder Werttätige

der für seine Interessen kämpft, wird nicht den Löhnen der bürgerlichen und reformistischen Presse folgen. Er wird bestrebt sein, sich wirklich zu unterrichten über die Aufgaben, die er erfüllen muß, darum

liest

er auch nur eine Zeitung, die ihn ehrlich über die Absichten der Reaktion unterrichtet, die die Manöver der Klassenfeinde und der falschen Führer schonungslos enthüllt und rückhaltlos für ihn eintritt. Das macht in Ostpreußen

die „Arbeiterstimme“!

Auferstehung! Vergebens waren die Ketten und die Gellen, vergebens die Scheiterhaufen, die Kreuze und die Arenas, wo Martyrer wilden Tieren vorgeworfen wurden. Vergebens sind die Gehege bereit, die die Erde beherrschen. Es gibt eine kosmische Kraft, die die Macht aller Tyrannen übersteigt. Für diese trage ich männlich mein Kreuz. Ich weiß, daß ich nicht umsonst leide.

Auferstehung! Die christliche Geisteswelt wird aufhören, ein Geipötl und eine Schmach zu sein. Eines Tages wird sie flammende und lebendige Wahrheit werden. Und sie wird triumphieren durch unsere Taten und Leistungen, o, meine Freunde!

Vom Leningrader Botanischen Institut

In Leningrad ist die Session des Instituts für angewandte Botanik und neue Kulturen eröffnet worden. Im vergangenen Jahre hat das Institut 30 000 Meter von Feldpflanzen gesammelt, die in entsprechenden Gebieten der Sowjetunion ausgesetzt werden. Allein die Sammlung der Weizenhorten beträgt 13 000 verschiedene Muster.

Im chemischen Laboratorium des Instituts sind im vergangenen Jahre an 5000 Analysen ausgeführt worden. Das Institut beendete jetzt eine Zusammenstellung von Tafeln und Karten über die wichtigsten Getreidekulturen. Die Errichtung eines anatomischen und zytologischen Laboratoriums ist jetzt in Angriff genommen. Das Institut hat mehrere Expeditionen zum Sammeln von bisher auf dem Gebiet der Sowjetunion noch nicht gesammelten, aber dafür geeigneten Pflanzen ausgeführt. In Sidamerica arbeitet eine Expedition unter Leitung von Professor Woronow. Die Expedition soll Muster subtropischer Kulturen wie Chinabaum, Pfeffer, verschiedene Arzneipflanzen, einige Sorten Kakaobäume, „Kumlate“, eine Mischung zwischen Pfirsich und Aprikose, „Kitrangen“, eine Mischung zwischen Apfelsine, Zitrone und Mandarine, mitbringen.

In Batu, Ventoran und anderen Orten Transkaukasens werden Versuche mit ihrer Anpflanzung gemacht werden. Auf der Station Chibin, die auf der Halbinsel Kol liegt, konnte festgestellt werden, daß auf ihr Gemüße- und Wiesensbau möglich sind. Auf der Station wurden 450 Kulturpflanzen erprobt; u. a. Kartoffel, Getreide und schwer zu kultivierende Pflanzen, deren Ursprungsheimat Amerika, Australien, Sibirien und Japan sind. Besonderen Wert haben die Korkische, die Weizen und die Gerbholzer.

Die Station in Gudum (Südkaufkasus) ist mit der Kultivierung von Akazie, Gummibaum, Chinabaum und Agaven beschäftigt.

Ein Angriff auf das Wahlrecht

Im Reichsinnenministerium ist nun eine Vorlage über die Änderung des Wahlrechts fertiggestellt worden. Die Vorlage hat es eilig mit dieser Änderung des Wahlgesetzes; nach den Osterferien soll die Vorlage dem Kabinett vorgelegt werden. Das neue Gesetz sieht eine Verteilung der Stimmgebiete nach den Abgeordneten aufgestellt werden. Die bisherigen Wahlgebiete sollen Stimmgebiete werden. Dann soll eine Verteilung in Stimmkreise erfolgen, die eine Größe von 30 000 Einwohnern umfassen. In jedem der Stimmkreise soll ein Kandidat von jeder Partei aufgestellt werden. Im Wahlgebiet sollen dann die Stimmen, die auf die Kandidatur dieser Partei entfallen sind, zusammengezählt und durch 60 000 geteilt werden. Die Mandate sollen dann auf die Bewerber der Partei fallen, die am meisten Stimmen erhalten haben. Für das gesamte Reich werden dann die Reststimmen errechnet und auf zwei Reichskreise verteilt.

Dieses neue Wahlgesetz ist der erste Anschlag der Rechten gegen die Wahlfreiheit überhaupt. Die Durchführung dieses Gesetzes soll der Reaktion die Möglichkeit geben, ihre Parteien stark zu erhöhen. Der politische Einfluß der noch überlebenden revolutionären Parteien soll zurückgedrängt werden. Man begründet das Gesetz damit, daß nicht nur Parteien, sondern Personen gewählt werden müßten. Bezeichnend ist, daß die sozialdemokratische Partei sich hinter dieses Gesetz stellt. Die SPD, sowohl „Vorwärts“ wie „Dresdner Volkszeitung“, schreiben dem

„Das neue System wäre also ein Verhältnisssystem, aber doch so geartet, daß die politischen Persönlichkeiten mehr bevorzugt und von den Wählern wirklich gewählt werden; es will soweit als möglich dem zweifellos starken Bedürfnis der gesamten Wählerschaft, nicht nur Parteien, sondern auch Persönlichkeiten zu wählen, Rechnung tragen.“

Die Sozialdemokraten sind also mit dieser Verletzung des Wahlrechts einverstanden.

Die wesentlichste Absicht des Gesetzes ist die Abschaffung des Komplexes von der Politik auf das persönliche Gebiet. Die Sozialdemokraten sollten gerade durch den Fall Arzt einen Kompromiß von dem Wahlkampf, der dann geführt wird, erhalten haben. Wir werden diesen Kompromiß gegen die Rechte der Arbeiter mit aller Energie bekämpfen.

Im vergangenen Jahre hat das Institut folgende Arbeiten eröffnet: im Nordkaukasus bei Armawira das Subtropische und das weiskrautliche in Rinsk. An die Errichtung eines mit japanischen und afghanischen Instituts ist herangearbeitet worden.

Die Versuchstationen des Instituts leisten eine große aufklärerische Arbeit. Im vergangenen Jahre ist das Institut von mehreren Tausenden von Bauern besucht worden.

Für 1925/26 ist die Auslastung von 90 000 Metern beabsichtigt. Die Errichtung von 33 neuen geographischen Punkten und neuen Abteilungen in Dagestan, Osetien und in Kabarda ist vorgesehen. Dem Institut sind für die Veröffentlichungen 100 000 Rubel für das nächste Jahr 30 000 Rubel angewiesen worden.

Photographie und Politik. Die Serienpostkarten, die die Hochzeitsfeier in allen Liebes- und Lebenslagen darstellen, sind uns noch allen in unangenehmer, aber guter Erinnerung. Es war das billigste, primitivste und kitschigste Mittel, die guten Eindrücke der Unterthanen mit monarchistischer Propaganda zu versehen. Während des Krieges erfüllte im In- und Ausland die Photographie in Zeitungen und Zeitschriften, Originale oder Kopien, seinen Zweck als ausgezeichnetes Heft- und Agitationsmittel. Es hat sehr lange gedauert, bis die Arbeiterbewegung die ungeheure propagandistische Möglichkeit der Photographie als Aufklärungs- und internationales Verständigungsmittel erkannt hat und lernte, sich dessen erfolgreich zu bedienen. Deutschland besitzt die Arbeiterschaft die „Arbeiter-Ilustrierte Zeitung“, deren Entwicklung in inhaltlicher und technischer Hinsicht derart fortgeschritten ist, daß die bürgerlichen Illustrierten längst überholt sind. Wenn man das letzte Heft der „Arbeiter-Ilustrierte-Zeitung“ betrachtet, so findet man darin eine Fülle von Material und in der inneren Gestaltung und geschickten Zusammenstellung verblüffend wirksame Gestaltung auf den verschiedensten politischen und kulturellen Gebieten. Welche blutige Rolle der März in der Geschichte gespielt hat, wird an den verschiedensten Bildern gezeigt. Aufnahmen aus der internationalen Frauenbewegung werden Glendobler, der sozialen Knechtschaft der europäischen Frau gegenübergestellt. Moderne Riesenschichten lassen den Fortschritt der Technik erkennen. Aufnahmen aus der Volksbewegung für die Arbeiterentwöhnung geben eine wirksame Vorstellung von Einheit und Umfang des ersten deutschen Volkskongresses. Arbeiterkongress, Kunst, Bühne und Film ergänzen die Aktualität dieser Kunstwerke. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß es in diesen Dingen ein wirkungsvolles Werkzeug des Klassenkampfes besitzt, das zu verbieten und zu unterstützen Pflicht eines jeden Arbeiters ist.